

P/XVIII/75

Bonn, den 19. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>Selbstbestimmung und soziale Gestaltung</u> Probleme der amerikanischen Politik Aufzeichnungen von politischen Gesprächen in Washington Von Wenzel Jaksch, MdB	119
3	<u>SED und Osterbesuche</u> Musterbeispiel kommunistischer "Dialektik"	27
4	<u>Jugend will Klarheit</u> Eine beachtliche Zeiterscheinung Von unserem Korrespondenten in Kiel	44
5 - 6	<u>Erste Schritte zur Einigung</u> der sozialdemokratischen Bewegung in Griechenland Zentrumsunion und Sozialisten bekämpfen gemeinsam das Regime Karamanlis Von Dr. Mathiopoulos	68
6	<u>Richtige Entwicklungshilfe</u> Industrialisierung allein genügt nicht	20

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Selbstbestimmung und soziale Gestaltung

### Probleme der amerikanischen Politik

Von Wenzel Jaksch, MdB

Die USA, das große Führungsland des Westens, halten auch unser künftiges Schicksal mit in ihren Händen. Darum unterrichten uns die deutschen Zeitungen fast täglich darüber, was die Amerikaner von uns denken und was sie von uns erwarten. Es ist aber dennoch nützlich, sich von Zeit zu Zeit selbst ein Urteil über die Kräfte, Strömungen und Notwendigkeiten zu bilden, welche die amerikanische Politik bewegen. Dazu haben die Sachwalter der großen Verbände der Heimatvertriebenen einen besonderen Anlaß, denn sie sind im eigenen Lande mancher naiven Belehrung und im Ausland mancher Anfeindung durch die Propagandisten des Ostblocks ausgesetzt. Zum Glück fehlt es dem Bund der Vertriebenen nicht mehr an eigenen Auslandskontakten. Er ist in den transatlantischen Dialog eingeschaltet und wird in steigendem Maße daran teilnehmen. In diesem Zusammenhang erscheinen mir einige meiner jüngsten Eindrücke beachtenswert.

### Die Bürde Kennedys

Wie steht es denn um die vielerörterte Abkühlung? Ich stellte offiziellen Gesprächspartnern in Washington die Frage, ob wir uns tatsächlich in einer Periode der Abkühlung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses befänden. Dies wurde mit Entschiedenheit verneint. Unter den Begründungen befand sich auch der Hinweis, daß Präsident Kennedy kurz vorher seine Bereitschaft zu einem Berlin-Besuch erklärt hatte. Freilich ist im Weißen Haus und auch im State Department die Wärme des Javertons verschwunden, wenn von Berlin oder von der Bundesrepublik die Rede ist. Dazu wird gesagt, daß Präsident Kennedy während seiner Regierungszeit und erst recht seit der Kuba-Krise zu Menschen und Dingen immer erkenntlicher eine kühle Distanz bezogen hat. Diese Distanzierung empfinden auch die amerikanischen Gewerkschaften und manche Kreise seiner eigenen Partei. Sieht man den Präsidenten bei einem öffentlichen Auftreten, wie unlängst bei seinem Besuch in Chicago, dann fehlt sozusagen jede emotionale Note in der Begrüßung der Parteigänger und in den sparsamen Gesten des Staatsoberhauptes, mit denen er die Grüße erwidert. Übrig bleibt der Eindruck eines sehr zielbewußten und seelisch abgehärteten jungen Staatsmannes, dessen offene Gesichtszüge nichts von der Bürde ahnen lassen, die er trägt.

### Veränderte Fragestellungen

Nicht die amerikanische Deutschlandpolitik hat sich geändert, sondern die Fragestellungen der Weltpolitik sind seit Foster Dulles andere geworden. Dies kam mir in einer langen Unterhaltung mit einer Abendrunde führender Gewerkschafter zum Bewußtsein. Es waren bewährte Freunde des demokratischen Deutschland darunter, die, wie Victor Reuther, zur Zeit der Blockade Berlins noch mit einem Sitzplatz auf Kohlenböcken eines Transportflugzeuges vorlieb nahmen, um die bedrohte Stadt der Freiheit zu besuchen. William P. Schnitzler, der Vizepräsident der vereinigten Gewerkschaftsverbände, ist noch immer stolz auf seine deutsche Herkunft von seiner ostpreussischen Mutter und einem westfälischen Vater; so ist auch der Donauschwabe Rudi Faupel eingestellt und der Milwaukee-Deutsche Henry Rutz. Daß auch ihre irischen Kollegen Deutschland freundlich gesinnt sind, ist bekannt. Doch selbst in einer solchen Runde ist

das Gespräch nicht lange bei den aktuellen Problemen der Deutschlandpolitik zu halten. Die Unterhaltung wendet sich geradezu zwangsläufig den Vorgängen in Latein-Amerika zu, denn dort wird gerade eine Partie ausgetragen, von der auch die Sicherheit und Zukunft Nordamerikas abhängt.

### Sorgenkind Lateinamerika

In Lateinamerika ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Ausnahme von zwei kleinen Restproblemen verwirklicht. Es gibt dort Staaten, die mehr Gebietsumfang haben, als sie mit ihrer organisatorischen Kraft zunächst umspannen können. Auf diesem Halbkontinent schwelten aber schon seit langem ungelöste soziale Fragen. Nunmehr fällt der Funkenflug der kubanischen Revolution auf eine ganze Menge Zündstoff. Wäre Chruschtschow zur Zeit nicht mit anderen Sorgen beschäftigt, so könnte er in Südamerika die politische Umfassungsschlacht gegen die Position des Westens schlagen. Auf Kuba hat er vergeblich versucht, die militärische Position der Vereinigten Staaten aus den Angeln zu heben. Mittlerweile sind die Nordamerikaner mit ihrer "Allianz für den Fortschritt" zu einem politisch-ökonomischen Gegenangriff angetreten. Die amerikanischen Gewerkschaften sind mit ihrer ganzen internationalen Aktionskraft in diesen Vorstoß eingeschaltet. Sie geben, wie man hört, ein Viertel ihres Beitragsaufkommens für die Abwehr der kommunistischen Umfassungsstrategie aus. Aber die Probleme, um die es in Südamerika geht, sind nicht mehr mit dem negativen Antikommunismus der fünfziger Jahre zu lösen. Die sechziger Jahre brauchen eine konstruktive Demokratie, die mit den Problemen eines explosiven Bevölkerungszuwachses, einer planmäßigen Wirtschaftsentwicklung und der notwendigen sozialen Umstrukturierung fertig werden kann.

Die Vereinigten Staaten pumpten nicht nur erhebliche finanzielle Mittel nach Mittel- und Südamerika, ihre Universitäten arbeiten mit den lateinamerikanischen Universitäten zusammen, ihre Gewerkschaften helfen beim Aufbau einer freien Gewerkschaftsbewegung. Es fehlt in den betreffenden Ländern weder an natürlichen Hilfequellen, noch an Arbeitskraft. Was dort fehlt, das sind die konstruktiven Kräfte einer sozialen Demokratie. Und an diesem Punkt kehrte das Gespräch wieder zu Deutschland zurück. Für amerikanische Gesprächspartner sind es interessante Fragen, wie die Bundesrepublik mit dem plötzlichen Zuwachs von einem Viertel ihrer heutigen Bevölkerung fertig geworden ist und wie wir in dem drangvoll überbevölkerten Westdeutschland nicht nur das soziale Gleichgewicht halten, sondern noch dazu 700 000 Gastarbeiter beschäftigen können. Mit Lesebuchgeschichten über den Segen der freien Unternehmerinitiative sind die Amerikaner wohlversorgt. Im Vordergrund eines solchen Gesprächs steht aber die mit bohrender Dringlichkeit gestellte Frage, was das Mutterland des europäischen Sozialdemokratismus dazu beitragen könnte, um die brennenden sozialen Gestaltungsfragen anderer Weltteile lösen zu helfen. Daraus ergeben sich dann die weiteren Fragen über die Möglichkeiten einer großen Koalition in Bonn, über die Chancen Willy Brandts im Jahre 1965 und über die Aussichten der SPD ganz allgemein. Man erwartet eigentlich mehr von uns, als wir mit gutem Gewissen zusagen können.

### Der Bündniswert der Bundesrepublik

Nordamerika blickt selbst mit Sorgen in seine soziale Zukunft. Kanada kämpft mit einer kaum erklärlichen Stagnation. Dem Kongreß der Vereinigten Staaten wurde unlängst mitgeteilt, daß die heutige Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen bis zum Jahre 1970 auf 10 Millionen steigen wird, wenn die heutigen Schrumpfungstendenzen des Arbeitsmarktes andauern.

Während die Privatwirtschaft im Jahre 1947 noch 700 000 neue Arbeitsplätze schuf, hat sie im Jahre 1962 nur noch 175 000 bereitstellen können. Der Geburtenüberschuß der Nachkriegsjahre wird aber in diesem Jahrzehnt 26 Millionen junge Menschen neu in den Arbeitsmarkt einströmen lassen. Auf diese Tatsachen wies Präsident Kennedy in seiner jüngsten Rede in Chicago mit besonderem Nachdruck hin. In Chicago selbst trifft heute schon die Arbeitslosigkeit in erster Linie junge Jahrgänge und unter ihnen besonders die Jugend der Farbigen. Wir dürfen also nicht erwarten, daß die Amerikaner nur von unseren Sorgen hypnotisiert bleiben. Wir müssen auch bereit sein, mit ihnen über ihre Sorgen zu reden.

Die Stabilität der Bundesrepublik ist einer der wenigen festen Punkte in dem weiten Problembereich der amerikanischen Außenpolitik. Daß daran auch die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ihr Verdienst haben, wird weithin anerkannt. Die Bundesrepublik Deutschland hat für die Vereinigten Staaten nach wie vor einen effektiven Bündniswert: politisch, ökonomisch, militärisch. Westdeutschland kann diesen Bündniswert noch steigern, indem es in der westlichen Allianz seine Politik der konstruktiven Demokratie verstärkt. Die Verwirklichung unseres Selbstbestimmungsrechts wird letzten Endes von unserer Fähigkeit zur sozialen Gestaltung in großen internationalen Ausmaßen abhängen.

+ + +

### SED und Osterbesuche

#### Musterbeispiel kommunistischer "Dialektik"

sp - Die deutschen Kommunisten sind Meister in der Kunst der Verdrehung, sie machen aus weiß schwarz und aus schwarz weiß, gehen mit Tatsachen und Wirklichkeiten um, wie es ihnen gerade paßt. Sie stellen diese auf den Kopf, wenn es schon gar nicht anders geht. Das wird "Dialektik" genannt, und sie haben darin eine nicht mehr zu überbietende Kunstfertigkeit erlangt. Ein Musterbeispiel dafür liefert ein Kommentar des sozialistischen "Neues Deutschland" zu dem die ganze Welt überraschenden Besucherstrom von Westdeutschen nach Ostberlin während der Osterfeiertage. 60.000 waren es insgesamt. So etwas hatte die geteilte Stadt noch nicht erlebt. Natürlich konnte das Zentralorgan der SED diese Massenbegegnung von Menschen, die sonst durch Ulbrichts Willkür voneinander getrennt sind, nicht verschweigen. Es mußte dazu seinen Senf geben. Die Menschen kamen, läßt sich "Neues Deutschland" vernehmen, nach Ostberlin, um gegen die Bonner Regierung zu demonstrieren, "die nicht über ein Abkommen des guten Willens verhandelt, und damit einer umfassenden Normalisierung des Reiseverkehrs im Wege steht". Viele seien auch gekommen, um das "vielgeschmähte Neue im sozialistischen deutschen Staat selber kennenzulernen, zu studieren und zu vergleichen". Das ist wirklich "Dialektik", wie sie von den Kommunisten geübt und verstanden wird. Das "Neue Deutschland" verschweigt die Beobachtungsergebnisse der vielen Besucher, es kann nicht mit einem einzigen aufwarten, den es hätte propagandistisch verwerten können. Aber wie wäre es, wenn das SED-Zentralorgan dafür einträte, Ostberliner und Zonenbewohner zu vergleichenden Studien nach Westberlin und Westdeutschland zu entsenden? So weit allerdings geht die kommunistische Dialektik nicht, brachte sie doch, um dies zu verhindern, die mit Stacheldraht bewehrte Mauer hervor...

+ + +

## Jugend will Klarheit

Eine beachtliche Zeiterscheinung  
Von unserem Korrespondenten in Kiel

In der evangelischen Landeskirche zu Eutin gab es vor einigen Wochen eine Treuekundgebung der evangelischen Jugend für den scheidenden Jugendpfarrer Lohmann. Sie war begleitet von deutlichen Mißfallensäußerungen, die sich gegen den früheren Jugendpastor und späteren Pastor in Eutin selbst wandten, nämlich den früheren Präsidenten der thüringischen evangelischen Kirche während der nationalsozialistischen Zeit, Hugo Rönck.

Die evangelische Jugend der Kreisstadt Eutin beklagt den Fortgang von Lohmann, der die Jugend in der zweitkleinsten Gliedkirche mit ihren 100 000 Mitgliedern offen über die Stellung der Christen zum Dritten Reich unterrichtet hatte. Dabei wurde den jungen Leuten auch gesagt, was einige maßgebende Männer der Kirche damals falsch gemacht haben. Rönck aber, der Vorgänger von Lohmann, nannte das alles "pro-östlich beeinflusst" und sein Freundeskreis hatte nichts dagegen, daß Lohmann schließlich nach Lübeck abwanderte. Bei alledem konnte sich der auf Lebenszeit gewählte Bischof Kieckbusch nicht zu einer klaren Haltung für Lohmann und gegen Rönck durchringen.

Dabei hätte Rönck allen Grund gehabt, still seinen Pflichten nachzugehen. Die Leitung der evangelischen Kirche Deutschland in Hannover-Herrnhagen ist nämlich gezwungen, die Frage zu prüfen, ob Rönck heute überhaupt noch den Bischofstitel zu Recht führt. Die evangelische Kirche in Thüringen, in der Rönck bis zum Kriegsende Dienst tat, ist ebenfalls der Auffassung, er sei nicht berechtigt, die Dienstbezeichnung "Präsident" oder "Landesbischof" zu führen. Darin liege eine "vorsätzliche Irreführung und Titelmaßnahme".

Man hätte die ganze Angelegenheit durchaus noch im innerkirchlichen Raum bereinigt werden können, denn es ist in der Tat mißlich, solche Angelegenheiten in die Öffentlichkeit zu bringen. Aber als die Amerikaner auf Eisenach vorrückten, gab Rönck eine Kanzelabkündigung zur Osterzeit heraus, worin er mitteilen ließ, er habe der Anregung seiner Fröster, Superintendenten und Oberpfarrer entsprochen, die Dienstbezeichnung "Landesbischof" anzunehmen. Eine Synode, die man wenige Wochen später auf demokratischer Grundlage hätte einberufen können, aber fand nicht statt.

Dabei hatte sich Rönck als "Kirchenpräsident" von Thüringen als überaus eifriger Verfechter der nationalsozialistischen Idee gezeigt, der es auf alle Fälle heute nicht mehr ansteht, gegen moderne kirchliche Jugendarbeit mit Verdächtigungen vorzugehen. So befahl er damals: "Ich betrachte es als selbstverständlich, daß sämtliche Amtsträger und Dienststellen der evangelischen Kirche ihrem Bekenntnis zu Führer und Reich in Verkehr auch durch die Anwendung des deutschen Grußes eindeutig Ausdruck geben".

Im September 1943 verbot er den Kirchenbeamten die Ehe mit Frauen, die vorher mit Juden verheiratet waren. Im Juli 1944 ordnete er an, seine Pfarrer hätten seine Genehmigung einzuholen, wenn sie bei der Bestattung eines durch Hitlers Justiz zum Tode verurteilten Widerstandskämpfers mitwirken wollten. Das Thüringer Kirchenblatt aus jenen Jahren zeichnet genau auf, was Rönck alles befahl, der 1928 der NSDAP beiträt, das goldene Parteiabzeichen führte und höherer NS-Führer war.

Erste Schritte zur Einigung  
der sozialdemokratischen Bewegung in Griechenland

---

Von Dr. Mathiopoulos

Seit der letzten Wahl im Jahre 1961 gärt es im politischen Leben Griechenlands. Nach wie vor versucht die rechtsextremistische Regierung der ERE-Partei, im Staate eine Regime der Dauer zu errichten und nach Art eines monolithischen Blockes unverrückbar ihren Platz zu behaupten. Aber die Art und Weise, wie die ERE bei den letzten Wahlen diesen Platz zu erpingen wußte, hat nach und nach alle demokratischen Kräfte des Landes zusammengeführt im gemeinsamen Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie.

Gegen die "innere Besatzung"

Zunächst war es die Partei der Mitte, die Zentrumsunion, die unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Georg Papandreu die früheren demokratischen Gruppen zu einem einheitlichen Parteiorganismus zusammenfaßte. Papandreu erklärte dem Regime Karamanlis den Kampf. Er bezeichnete die gegenwärtige Regierung als illegal und das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung als Produkt der Fälschung und Gewalt. Die Regierung, so sagt er, sei als "innere Besatzung des Landes" anzusehen, während die Opposition den nationalen Widerstand gegen die Vergewaltigung der Demokratie darstelle. Der unerbittliche Kampf der Zentrumsunion brachte die Regierung Karamanlis in Bedrängnis und in einen Zustand ständiger Verteidigung.

Für die Demokratie

Dieses andauernde innenpolitische Dilemma zeitigte allerdings insofern auch ein positives Ergebnis, als sich die Erkenntnis durchzusetzen begann, daß nur ein einheitliches Zusammengehen aller demokratischen Kräfte Griechenland von seiner "inneren Besatzung" befreien kann. Zunächst unterstützten die einzelnen sozialistischen Gruppen moralisch den Kampf der Partei Papandreus als derjenigen politischen Macht, die allein einen Ausweg aus der inneren Krisis zu schaffen und der jungen Generation den Weg der Demokratie zu eröffnen vermag. Neuerdings wurde darüber hinaus die Möglichkeit eines Zusammengehens der sozialistischen Gruppen erörtert, da keine Gruppe sich angesichts der kritischen Lage den Luxus einer eigenen Marschrichtung erlauben darf.

Sozialdemokraten in Griechenland

In Griechenland existieren drei sozialistische Gruppen. Es sind dies die "Sozialistische Liga", die von der Sozialistischen Internationale anerkannt ist und unter Führung der bekannten Rechtsanwältin Agnes Rousopoulos steht. Ferner der "Sozialistische Club", der von Evangelos Kyriakopoulos geleitet wird und hauptsächlich aus Jungsozialisten und Gewerkschaftlern besteht. Schließlich die "Sozialistische Union" unter Leitung des alten Sozialisten Stratis Someritis. Obwohl diese drei Gruppen sich hinsichtlich ihrer theoretischen Grundlagen und ihrer Ziele nicht unterscheiden, sich zu dem demokratischen Sozialismus bekennen und den Kommunismus entschieden ablehnen, haben Fragen der Taktik, persönliche Auseinandersetzungen und nicht zuletzt Diskussionen über die Schuld an den Fehlern der Vergangenheit die drei Gruppen bisher entzweit.

1961 hat sich in der Bundesrepublik eine Organisation des "Sozialistischen Club Griechenlands" konstituiert, die seitdem bei den ca. 90.000 griechischen Gastarbeitern, die in deutschen Industriebetrieben beschäftigt sind, mit wohlwollender Unterstützung der SPD und der deutschen Gewerkschaften bemerkenswerte Erfolge erzielt und in Griechenland selbst großes Ansehen gewonnen hat. Diese Organisation faßte im Februar eine Entschließung, in der gesagt wurde, die politische Situation in Griechenland verlange eine Einigung aller demokratischen Sozialisten. Sie richtete ein Telegramm an Papandreu und erklärte sich solidarisch mit seinem Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie. Dieses Telegramm wurde von der oppositionellen Presse Griechenlands an hervorragender Stelle veröffentlicht, während es von der Regierungspresse kritisiert wurde. Papandreu selbst bedankte sich herzlich für die Unterstützung der griechischen Gastarbeiter, Studenten und Wissenschaftler in der Bundesrepublik.

#### Einigungsversuch

Am 30. März gelang es nach mühevollen Vorbereitungen und langwierigen Verhandlungen, den ersten Schritt zu einer Einigung der sozialistischen Gruppen zu tun. Zum ersten Mal seit vielen Jahren saßen sich Vertreter der drei Richtungen in Anwesenheit eines Vertreters der Bonner Organisation gegenüber. Sie entschlossen sich, in weiteren Zusammenkünften der Gründung eines Koordinationskomitees aller drei Gruppen den Weg zu ernen. Dieses Komitee soll ein Aktionsprogramm vorbereiten, den Kampf der Zentrumsunion unterstützen und auf lange Sicht die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei Griechenlands vorbereiten, in der dann Vertreter jeder Richtung des demokratischen Sozialismus geeint und zusammengefaßt sind.

+ + +

#### Richtige Entwicklungshilfe

#### Industrialisierung allein genügt nicht

sp - Einige Auerungen des Bundesministers Scheel lassen darauf schließen, daß man nunmehr auch in Bonn erkannt zu haben scheint, wie wichtig bei allen Entwicklungsvorhaben für die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Beachtung aller mit Industrialisierungsprojekten zusammenhängenden soziologischen und sozialen Probleme ist. Es genügt nicht, irgendwo viel Geld für den Bau einer Industrieanlage auszugeben; man muß auch wissen, wie die oft noch in Vorstellungen vergangener Jahrhunderte lbenden Menschen in den Industrialisierungsprozeß mit allen seinen Schatten- und Lichtseiten richtig eingegliedert werden können. So ist unter anderem auch die Erkenntnis zu begrüßen, daß die Ausbildung von Führungskräften erfolgreicher in den Entwicklungsländern selbst vorgenommen wird, als wenn man junge und oft unvorbereitete Menschen aus ihren bisherigen Lebenskreis fast ohne Übergang in die europäische Wirklichkeit führt.

Es hat lange gedauert, bis derartige Erkenntnisse Allgemeingut wurden. Eine entscheidende Vorarbeit für das bessere Verständnis dieser Probleme wurde u.a. von den zahlreichen Studiengruppen der FRIEDRICH-SHLEGEL-STIFTUNG in Bonn geleistet, lange bevor sich offizielle Stellen, die von dieser Seite gewonnenen Erfahrungen nutzbar machten.

+ + +